

Synthesebericht vergangener Prüfungen zu den Lasten für künftige Generationen

Eidgenössische Finanzverwaltung

DAS WESENTLICHE IN KÜRZE

Vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich verankerten Prinzipien der Vorsorge und Nachhaltigkeit hat die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) verschiedene Prüfungen in den Bereichen Umwelt systematisch ausgewertet. Sie fokussierte sich dabei auf den Umgang mit Altlasten, Abfällen oder Schadstoffen und ergänzend auf Infrastrukturen, um übergreifende und wiederkehrende Steuerungsschwächen bei langfristigen Bundesaufgaben zu erkennen. Ziel der Analyse war es zu prüfen, ob ökologische, gesundheitliche und finanzielle Belastungen wirksam begrenzt wurden oder ob Risiken einer Verschiebung von Lasten auf künftige Generationen entstehen.

Die Synthese beruht auf 20 Prüfberichten aus den Jahren 2011 bis 2024 und identifiziert fünf eng miteinander verknüpfte Defizite beim vorsorglichen und nachhaltigen Handeln des Bundes (siehe Abbildung 1). Die grössten Mängel sieht die EFK bei der Qualität der verfügbaren Informationen, in der strategischen Steuerung und bei den Instrumenten zur Kontrolle von Fortschritt und der Kosten.

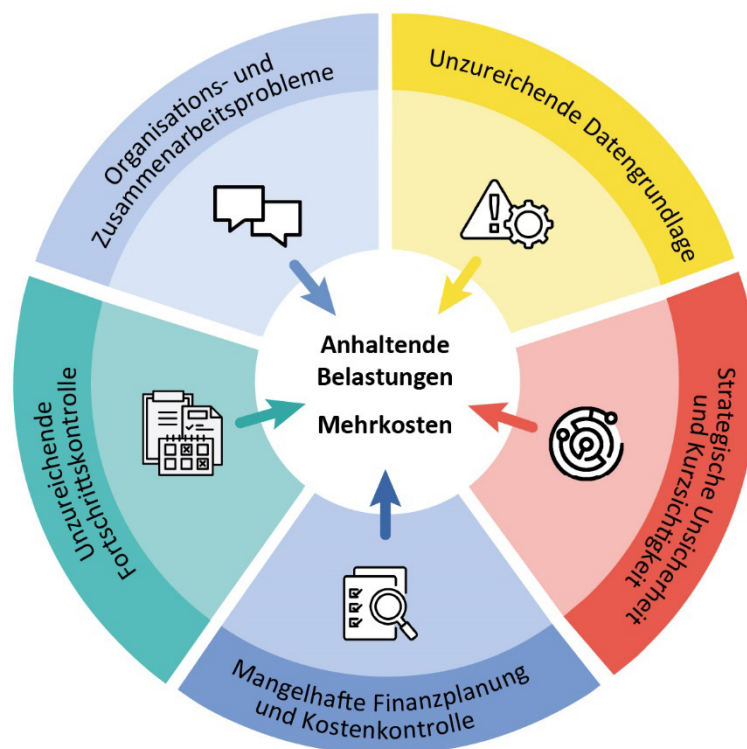


Abbildung 1: Die grössten Defizite beim generationengerechten Verwaltungshandeln in den Bereichen Umwelt, Altlasten und Infrastruktur (Quelle: EFK)

Solche Defizite haben nicht nur kurzfristige negative Folgen, sondern bergen auch langfristige Risiken für künftige Generationen:

Belastungen werden mit Verspätung adressiert

Zahlreiche Planungs-, Umsetzungs- und Kontrollprobleme grosser Bundesprojekte wurzeln in unzureichenden Datengrundlagen. Ökologische, gesundheitliche und finanzielle Belastungen bleiben unerkannt, weil ein

Monitoring, technische Untersuchungen oder kompatible Datenbanken fehlen. Solange belastbare Informationen fehlen, bestehen Risiken für Mensch und Umwelt bzw. verschärfen sich sogar mit der Zeit. Dies widerspricht dem Vorsorgeprinzip, das eine frühzeitige Begrenzung möglicher Schäden verlangt. Zudem macht es der Mangel an verlässlichen Daten schwieriger, die wichtigsten Probleme zuerst anzugehen.

Die operative Steuerung des Bundes hat in komplizierten Projektorganisationen mit vielen Beteiligten häufig zu wenig Einfluss und Durchsetzungskraft. Dadurch fehlen teilweise verbindlichen Fristen, wichtige Massnahmen werden verzögert umgesetzt oder verspätet abgeschlossen. Unzureichende Fortschrittskontrollen erschweren es, Terminüberschreitungen frühzeitig zu erkennen und rasch gegenzusteuern. Mehrkosten sind oftmals die Folge.

Kosten werden unterschätzt und falsch kommuniziert

Die unvollständige Erfassung der Ausgangslage führt häufig dazu, dass die tatsächlichen Kosten für Sanierungen, Instandhaltungen und die Bewältigung von Altlasten unterschätzt werden. Kostenschätzungen fallen zu optimistisch aus, enthalten etwa unzureichende Reserven und Rückstellungen. Dadurch scheint die Finanzierung gesichert, tatsächlich bleiben jedoch wesentliche Finanzrisiken unsichtbar und werden dementsprechend nicht adressiert. Die EFK kritisierte mehrfach, dass die ausgewiesenen Kosten intransparent, ungenau oder unvollständig waren. Auch die Kostenkontrolle zeigte teilweise Schwächen darin, frühzeitig Mehrkosten zu identifizieren und konsequent einzudämmen.